Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 53 (1959)
Heft: 7-8

Artikel: Aus der Evangelischen Kirche in Berlin und der DDR
Autor: Dignath, W.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140365

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gott wird aber wohl geehrt — auf schwache Weise zwar und unvollkommen, aber immerhin «geehrt» —, wenn Menschen die Herrlichkeit Gottes in Taten der Gerechtigkeit, der Versöhnung, der Intervention und des Aufbaus widerspiegeln (II. Kor. 3:18), wo die Freiheit anerkannt wird, wo Hunger gestillt, wo wirklich mit Freude gedient wird, wo im Namen Christi etwas gewagt wird, wo man seine Feinde nicht haßt, sondern ihnen unbefangen begegnet.

Bei allem, auch bei unsern Entscheidungen und Handlungen auf internationalem Gebiet, muß immer gefragt werden: Wird Gott geehrt, wenn wir dieses oder jenes tun? Können unsere Nächsten, weit weg in Asien und Afrika, aber auch in Westeuropa und Rußland, wenn sie unsere Taten erblicken, dazu gebracht werden, Gott zu ehren?

In Ostdeutschland gibt es Christen, die in christlicher Unbefangenheit den Kommunisten entgegentreten. Sie haben von Gott nicht eine kleine Vorstellung. Sie glauben, daß Gott im letzten Augenblick noch eine Tür öffnen kann, irgendwo, wo erst kein Durchgang zu erblicken war. Sie wissen: Es handelt sich um Gottes Ehre. Auch wenn sie leiden müssen, selbst dann werden sie noch etwas von der «Herrlichkeit Gottes widerspiegeln».

Wichtig ist, daß Christen, auch in den häufig so komplizierten internationalen Angelegenheiten, wissen:

Ein Ding ist wichtig, über allem:
Es gilt die Ehre Gottes.
Es handelt sich darum, daß
Sein Name geheiligt werde,
Sein Reich komme,
Sein Wille geschehe.

Dr. Kr. Strijd

Aus der Evangelischen Kirche in Berlin und der DDR

Im Februar dieses Jahres hat die Synode der Evangelischen Kirche der Union* ein «Notwort» beschlossen. Es hat folgenden Wortlaut:

* In der Evangelischen Kirche der Union sind folgende Landeskirchen zusammengeschlossen, in denen das lutherische und das reformierte Bekenntnis sowie auch neuere Unionsbekenntnisse gleichermaßen Raum und Recht haben: Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg, Pommern, Restschlesien (ehemalige Provinz), Sachsen, Westfalen, Rheinland. Zur Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in Deutschland gehören jene Landeskirchen in der Bundesrepublik und in der DDR, in denen ausschließlich das lutherische Bekenntnis gilt: (Land) Sachsen, Hannover, Bayern, Schleswig-Holstein, Thüringen, Mecklenburg, Hamburg, Braunschweig, Lübeck, Schaumburg-Lippe.

«Berlin, den 13. Februar 1959

Die Synode der Evangelischen Kirche der Union ist in einer Situation versammelt, die nicht nur für die Zukunft des gespaltenen deutschen Volkes und seiner geteilten Hauptstadt, sondern für den Frieden in der Welt Gefahren von unabsehbarer Tragweite in sich birgt. Die Synode weiß wohl um ihre Ohnmacht und um die Unmöglichkeit, bestimmte politische Wege im Namen Gottes zu proklamieren. Aber wir können die zahllosen Stimmen äußerer und innerer Not nicht überhören. Sie fordern uns in unserer Verantwortung vor Gott den Versuch ab, für die Menschen unseres Volkes und den Frieden in der Welt einen politischen Notdienst zu wagen. In dieser Verantwortung bitten wir alle, die es angeht, folgende Einsichten und Vorschläge mit uns in dem Ernst zu bedenken, den die Not gebietet, der wir alle miteinander verhaftet sind.

1. Unser eigenes Volk sollte sich gerade im Blick auf die Frage des Friedens und der Wiedervereinigung daran erinnern, daß der gegenwärtige Zustand immer noch die bittere Frucht aus der Wurzel seiner eigenen Schuld ist. Aus dieser Erkenntnis heraus sollte es dem Wiederaufkommen jenes Nationalismus, der uns und eine ganze Welt in den Abgrund riß, in allen seinen Erscheinungsformen wirksam widerstehen und einen Beitrag zur Versöhnung der Völker leisten. Ohne solche aktive Umkehr wird es den Frieden weder nach innen noch nach außen gewinnen.

2. Unser Volk sollte der Versuchung widerstehen, unter Ausnützung von Machtbündnissen eine Gewaltpolitik treiben zu wollen.

3. Es sollte sich mit einer kontrollierten Begrenzung seines militärischen Potentials einverstanden erklären. Insbesondere ruft die Synode, die nach wie vor zu ihrer Verwerfung der Massenvernichtungsmittel steht, erneut zum Verzicht des deutschen Volkes auf jede atomare Bewaffnung.

4. Jede deutsche Regierung sollte sich verpflichtet wissen, in ihrem Bereich das Nebeneinander verschiedener Weltanschauungen und Lebensformen in Freiheit und gegenseitiger Duldung zu ermöglichen.

5. Das deutsche Volk sollte in seinen beiden staatlichen Bereichen bei dem Kalten Krieg nicht mitmachen. Der Kalte Krieg ist aus Angst, Mißtrauen und ideologischem Machtstreben geboren und ist mit seiner Schändung der Ehre des Gegners wie in seiner verlogenen Propaganda die teuflische Vorbereitung des «heißen» Krieges. Die Synode spricht das aus in dem Bekenntnis, daß unter uns Christen selbst das Freund-Feind-Denken des Kalten Krieges um sich zu greifen droht und damit die Einheit der Christenheit schwer gefährdet wird.

6. Unser Volk muß sich endlich in allen seinen Schichten darüber klar werden, daß weder der Friede noch die Wiedervereinigung ohne große eigene Opfer zu gewinnen sind. Wir können nicht Rechte gegen-

über den anderen Mächten geltend machen, wenn wir nicht zu Opfern bereit sind, die auch einem neuen Zusammenleben der Völker dienen.

Die Mächte, die mit der bedingungslosen Kapitulation unseres Volkes eine eigene Verantwortung für dasselbe übernommen haben, bitten wir, folgende Vorschläge um des Friedens willen ernstlich zu erwägen:

1. Wir bitten die Weltmächte, die beiden Teile Deutschlands nicht länger als das Vorfeld ihrer militärischen und weltanschaulichen Machtpolitik zu behandeln.

2. Wir bitten sie, bei den begonnenen Verhandlungen auf den Wegen der Verständigung und des Vertrauens nicht müde zu werden. Eine Politik der gegenseitigen Abschreckung im Teufelskreis der Angst droht an Stelle des von den Völkern sehnlichst erhofften Friedens eine unvorstellbare Weltkatastrophe heraufzuführen.

3. Wir bitten die Mächte, dem deutschen Volk zum Frieden und zur Wiedervereinigung zu helfen und unserm Volk, das wir zu Verzichten und Opfern rufen, das Selbstbestimmungsrecht in der Freiheit nicht vorzuenthalten, die zu den allgemein anerkannten Menschenrechten gehört.

4. Endlich bitten wir die Mächte, zur Voraussetzung eines Friedensvertrages die Wiederherstellung der uneingeschränkten und rechtlich gesicherten Kommunikation aller deutschen Menschen innerhalb der gegenwärtigen Grenzen unseres Vaterlandes zu machen. Der staatspolitischen Wiedervereinigung, deren Wege aufzuweisen nicht Sache der Synode ist, müßte die menschliche Wiedervereinigung vorangehen. Für diese Vorgabe der menschlichen Wiedervereinigung einzutreten, weiß sich die Synode in ihrer Verantwortung für die Not deutscher Menschen und für den Frieden der ganzen Welt verpflichtet.»

Dieses Notwort ist im westdeutschen Christentum nicht überall gut angekommen. Im Bericht der «Nachrichten der evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern» über die Synode in Berlin wird es überhaupt nicht erwähnt. Das von Landesbischof D. Lilje herausgegebene «Sonntagsblatt» (Hamburg) brachte einen Kommentar des Inhalts, daß das Notwort «unsere Besorgnis, ja Bestürzung hervorruft»; es könne als «ein Zeichen der ständig wachsenden Uneinigkeit des deutschen Protestantismus» erscheinen; «noch schlimmer aber ist, daß hier eine eindeutige politische Stellungnahme, nämlich die Forderung einer einseitigen atomaren Abrüstung Deutschlands, mit dem vollen Gewicht der christlichen Gewissensentscheidung versehen wird». Während Verteidigungsminister Strauß versichert, daß alle atomare Munition unter amerikanischem Verschluß sei, das heißt faktisch eine atomare Ausrüstung der Bundeswehr noch nicht vorliegt, unterstellt das «Sonntagsblatt», wenn es im Notwort die Forderung einer einseitigen atomaren Abrüstung Deutschlands erblickt, eine bereits eingetretene atomare Ausrüstung. Der Gedanke, daß Atomwaffen Sünde sind und daß also auch eine politische Stellungnahme, die sie einbezieht, Sünde ist und

daß auch noch so gewichtige politische Überzeugungen daran nichts ändern, scheint dem «Sonntagsblatt» fremd zu sein. Ob seine Kritik wohl ebenso negativ ausgefallen wäre, wenn das Notwort ein Versuch geworden wäre, eine politische Stellungnahme im Sinne der atomaren Abschreckungspolitik christlich zu rechtfertigen? Nachgerade aufgebracht über das Notwort zeigte sich das Blatt des «Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU». Es bezeichnet die Verwerfung der Massenvernichtungsmittel, den Verzicht auf jede atomare Bewaffnung, die Nichtbeteiligung am Kalten Krieg als «den ganzen Jargon ferngesteuerter* Aufweichungspolitik», es empfindet das Notwort als «Extrakt einer zeitüblichen Paulskirchenrede», nennt es das «Dokument schmerzlicher Verwirrung», «die Proklamation einer politisierenden Kirche, die sich selbst zerstört, die Verkündigung unglaubwürdig macht und die Gemeinde um den echten Gottesfrieden bringt». Dieser kann wohl nach der Auffassung jenes christlichen Blattes anscheinend nur durch die Bejahung der Massenvernichtungsmittel verwirklicht werden.

Dem Leser wird es nicht schwerfallen, zu prüfen, aus welchem Geist das Notwort geboren wurde und welcher Geist so heftige negative Reaktionen auslöste, die teilweise sogar in Zynismus ausarten! Zur Klarheit und rechten Beurteilung und Entscheidung kann uns wieder einmal Luther helfen. Er sagt in seiner Psalmenauslegung: «Man muß entweder den Großen in der Welt die Wahrheit gar nicht sagen, so würde die göttliche Majestät (= Gott) beleidigt, oder wenn man sie sagt, so wird man beschuldigt, als ob es nicht um der Wahrheit willen, sondern um die (göttliche) Majestät zu beleidigen und die Gewalt zu schwächen geschähe. So muß notgedrungen ein Prediger der Wahrheit allezeit entweder bei Gott oder den Hohen dieser Welt Anstoß erregen!» Der Anstoß, den man an diesem Notwort genommen hat, zeigt sicherlich, wie notwendig – um Gottes willen – es gewesen ist.

Bei weitem nicht so konkret, aber doch etwa in der Grundrichtung des Notwortes rief das «Wort der Landessynode Sachsen zur politischen Lage» (6. April) zur Abhaltung von Fürbittgottesdiensten für den Frieden am Sonntag Rogate auf.

Der Rat der Evangelischen Kirche der Union (also ihr Leitungsgremium) hat im April in einem Communiqué seine Besorgnis über die drohende Verschlechterung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche ausgedrückt. Diese wurde anscheinend durch die Rede von Ministerpräsident Grotewohl ausgelöst, die er am 23. März vor Ostberliner Kulturschaffenden gehalten hat und die nach Auffassung des Rates eine einseitige Festlegung des Sozialismus der DDR auf den Atheismus bedeutet. Bischof D. Dibelius hat alsdann in einem Offenen

---

* Gemeint ist nach dem Zusammenhang des Kommentars vermutlich: ferngesteuert von Christen, die sich zu Kollaborateuren oder doch Mitläufern des «roten Imperialismus» machen ließen. Diese beliebten Verdächtigungen zeigen: Wo das Fünfte Gebot nicht ernst genommen wird, da verfällt auch die Achtung vor dem Achten Gebot.

Brief an Ministerpräsident Grotewohl entsprechend dem erwähnten Communiqué auf die tiefe Beunruhigung der christlich gesinnten Bevölkerung in der DDR über die atheistische Politik der Zonenregierung und den zunehmenden Gewissenszwang hingewiesen und darüber geklagt, daß die Christen in der Zone als Bürger zweiter Klasse behandelt würden. Ministerpräsident Grotewohl hat dazu erklärt, er werde den Offenen Brief nicht beantworten, da er dazu diene, die Atmosphäre auf der Genfer Außenministerkonferenz zu vergiften, zudem würden die Behauptungen Bischof Dibelius' durch das Leben in der DDR ad absurdum geführt.

Ebenfalls in einem Brief an Ministerpräsident Grotewohl vom 13. April 1959 hat sich der Thüringer Landesbischof D. Mitzenheim positiv zur Deutschlandpolitik der DDR-Regierung geäußert. Wie die Presse meldete, hat sich später der Mecklenburgische Landesbischof D. Beste der Ansicht D. Mitzenheims angeschlossen. D. Mitzenheim schreibt in seinem Brief an Ministerpräsident Grotewohl: «Die Kirchen haben durch verschiedene Gremien wiederholt ausgesprochen, daß ein neues Verhältnis der Menschlichkeit und des Vertrauens zwischen den Völkern wachsen müsse, um unsere kranke Welt zu heilen... In Ihrem Schreiben (Ministerpräsident Grotewohl an Bundeskanzler Adenauer) sehe ich einen Ausdruck dieses neuen Ethos.» D. Mitzenheim rechtfertigte seinen Brief vor der Thüringischen Synode. Im Brief Grotewohls hatte es geheißen, «daß die große Mehrheit des deutschen Volkes fühlbare Maßnahmen zur Schaffung eines Klimas der Verständigung erwartet». Dies sei, so sagte D. Mitzenheim, eine Forderung, die die Kirchen seit mindestens zehn Jahren und in jüngster Zeit verstärkt erhoben hätten. Die Thüringische Synode billigte das Verhalten ihres Bischofs und bat ihn und seine Mitarbeiter, weiterhin dafür zu wirken, daß die Arbeitsmöglichkeiten der Kirche im Volk unter den sich wandelnden gesellschaftlichen Verhältnissen gewahrt und gesichert bleiben.

Schließlich ist zu berichten, daß die Kirchenleitung der Provinzialsynode Berlin-Brandenburg (also einer Gliedkirche der Evangelischen Kirche der Union) ein Kirchengesetz vorbereitet hatte, das die organisatorische Ausklammerung Westberlins aus der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg als vorsorgliche Maßnahme für den Fall vorsah, daß die Staatsgrenze zwischen den beiden Teilen Deutschlands eines Tages so durch Berlin gehen würde, daß eine Kommunikation nicht mehr möglich sei und also auch die kirchliche Leitung der Berlin-Brandenburgischen Kirche faktisch in Westberlin keinen Zugang mehr finde. Das Plenum der Provinzialsynode hat jedoch dieser Vorlage nicht zugestimmt, sondern die Kirchenleitung lediglich zum Erlassen einer Notverordnung ermächtigt, die es ermöglichen soll, den Dienst im Bereich der Berlin-Brandenburgischen Kirche im Falle einer gewaltsamen Spaltung der kirchlichen Einheit fortzusetzen. Dazu schrieb die «Frankfurter Rundschau» (4. Mai 1959): «Nur den beschwörenden Worten des

Theologieprofessors Heinrich Vogel und Propst Grübers gelang es, diesen Kurzschluß (des vorbereiteten Kirchengesetzes) zu verhindern. Es ist gewiß kein Zufall, daß der Protest von den beiden Männern ausging, die den Unsegen der Spaltung Berlins seit Jahren tagtäglich am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Beide arbeiten in Ostberlin und wohnen in Westberlin. Beide wissen, daß selbst das lose Band, das heute noch die beiden Teile Berlins verknüpft, tausendmal besser ist als eine legalisierte Teilung. Hatte man in der Kirchenleitung schon vor Beginn der internationalen Konferenzen jede Hoffnung auf eine vernünftige Berlin-Lösung aufgegeben, daß man sich bereits heute (Anfang Mai!) auf einen Notfall einzurichten beginnt? Meinte man Maßnahmen der Ostberliner Regierung zuvorkommen zu müssen, um zu verhindern, daß gegen den Willen der Kirchenleitung personelle Entscheidungen von Staats wegen getroffen oder angeregt werden? Es gibt Situationen, in denen man Entscheidungen nicht vorwegnehmen, sondern sich ruhig aufdrängen lassen soll, um den eigenen moralischen Anspruch zu unterstreichen. Die Kirchenleitung ist kein Generalstab.»

Es ist teilweise widerspruchsvoll, was dieser Bericht aus den letzten Monaten der kirchlichen Lage in der DDR und Berlin verzeichnet. Zweifellos spiegeln sich in den verschiedenen Verlautbarungen auch verschiedenartige Reaktionen und disparate Strömungen, und es ist kaum möglich, die innerkirchliche Weiterentwicklung zu übersehen. Was der Sache nach in Bischof Dibelius' Offenem Brief berechtigt ist, hat auch Kirchenpräsident D. Niemöller in seinem Synodalbericht bestätigt, als er darauf zu sprechen kam, daß der Grund zur Flucht aus Mitteldeutschland heute vorwiegend «seelische Not und Verzweiflung über die zunehmende Unfreiheit und den Gewissenszwang» bilde und der Versuch der SED, die «Bewußtseinsumwandlung» der Bürger der DDR rücksichtslos zu erzwingen. Aber auch D. Mitzenheim erinnerte daran, daß er ständig für die Glaubens- und Gewissensfreiheit eingetreten sei und es auch in Zukunft tun werde, auch er habe zu manchen Äußerungen und Maßnahmen der Obrigkeit seine Kritik angemeldet. Unvereinbar erscheint allerdings die Haltung, in der D. Dibelius und die, in der D. Mitzenheim zur Zonenregierung stehen. Denn was D. Mitzenheim da von einem neuen Ethos schreibt, das er bei der DDR-Regierung sich ausdrücken sieht, wird, soweit ich sehe, von D. Dibelius in entgegengesetztem Sinne beurteilt. Die Lage der evangelischen Kirche in der DDR scheint also insofern in ein neues Stadium zu gelangen, als sich nunmehr innerhalb der Kirche selbst immer deutlicher zwei verschiedene Auffassungen abzeichnen, wie das Verhältnis zum kommunistischen Staat zu beurteilen und zu finden sei. – Präses D. Wilm-Bielefeld richtete anläßlich der Synode der Evangelischen Kirche der Union im Februar in Berlin ein Wort an die «Brüder und Schwestern in der DDR». Darin sagte er: «Wir streben und sehnen uns nach mehr und stärkerer Kommunikation mit Euch wie Ihr nach der mit uns und werden sie immer wieder suchen und versuchen ... Wir versprechen

Euch, soweit es möglich ist, Eure Last mitzutragen, dafür Opfer auf uns zu nehmen und unseren Gemeinden diese Verantwortung immer neu aufs Herz zu legen. Auch das, was jetzt auf die Menschen in Berlin gelegt ist, tragen wir mit und wollen bei Euch stehen . . .» Das sagte er im Namen der Brüder und Schwestern aus Westdeutschland. Es ist sicher, daß die Christen drüben nur diejenigen von uns zu Brüdern und Schwestern haben, auf die diese Worte zutreffen. *W. Dignath*

(Abgeschlossen 13. Mai 1959)

William Penn und der Geist der Vereinten Nationen

Mr. Andrew Cordier, Exekutiv-Assistent von Dag Hammarskjöld, erinnerte in einer Rede (1957) an die große Gestalt des Quäkers William Penn, der vor 275 Jahren Philadelphia (die Stadt brüderlicher Liebe) gründete. Penns politische Weisheit hat auch uns viel zu sagen. Man darf hinzufügen, daß die wertvollsten Persönlichkeiten im Führungsgremium der Vereinten Nationen noch heute in seinem Geiste zu wirken suchen, wie nachstehende Ausführungen Cordiers zeigen.

«Wenn William Penn heute noch lebte, würde er sein Äußerstes tun, Konflikte zu lösen, Spannungen zu mildern und Zusammenarbeit zu fördern. Mit einem Wort, er würde die Kräfte aller Einwohner für den konstruktiven Aufbau und die Wohlfahrt des Gemeinwesens einsetzen. Er würde, wenn er noch lebte, die Vereinten Nationen auf das entscheidendste unterstützen und wäre möglicherweise einer ihrer Hauptführer, denn was er vertrat und was die Vereinten Nationen vertreten, stimmt zum größten Teil überein.

William Penn schloß sich den Quäkern an, als er noch ein Jüngling war, und er entwickelte sich zu einem der großen Staatsmänner seiner Zeit. Er hatte einen tiefen religiösen Glauben. Seine Religionsphilosophie fand ihren Ausdruck in einer Abscheu vor dem Krieg und einer absoluten Hingabe an die Sache des Friedens. Seine Duldsamkeit hatte nichts Abstraktes an sich, sie war ihm Lebensnotwendigkeit, die sich täglich in den Beziehungen der Menschen untereinander auswirkte. Seine rechtliche Gesinnung, seine Toleranz und Brüderlichkeit gründete vor allem auf seinem Glauben an Gott und die geheiligten Rechte der Persönlichkeit, die daraus erwuchsen. Es war dieses Gefühl für die Unantastbarkeit des Individuums, seiner Rechte und seines Lebensweges, das Penn bewog, den Indianern eine so viel edlere Behandlung zuteil werden zu lassen, als sie von vielen seiner Zeitgenossen erfuhren.

Als William Penn in die Diskussion über die Probleme seiner neuen Regierung in Philadelphia verwickelt wurde, kam er auf Argumente,